

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Bestellgeld. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro dreizehntägiger Zeitspanne 60 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf.; Stellenangebote 40 Pf., Verbandsangelegenheiten 20 Pf. Preisangelegenheiten sind der Beilage beizufügen.

Nr. 7.

Berlin, den 11. Februar 1917.

33. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. **Einslieferung der Schlussberichte.** Um das Ergebnis der Bewegungen zur Erlangung von Teuerungszulagen ordnungsgemäß zusammenstellen und auch der Generalkommission die nötigen Unterlagen für ihre Statistik über Lohnbewegungen liefern zu können, ist es notwendig, daß mit Bezug auf alle Bewegungen zur Erlangung von Teuerungszulagen und natürlich auch mit Bezug auf alle anderen Lohnbewegungen, die im Jahre 1916 stattgefunden haben, ein Schlussbericht unter Benützung des üblichen Formular II aufgestellt und baldigst an uns ein- und geliefert wird. Die Gau- und Ortsverwaltungen wollen sich bemühen, die erzielten Teuerungszulagen dabei möglichst vollkommen zu erfassen.

Schlussberichtsformulare haben wir den beteiligten Verwaltungen in der abgelaufenen Woche zugefandt. Sollte dabei eine oder die andere Zahlstelle übersehen sein, so erjuden wir um entsprechende Mitteilung, falls Berichtsformulare nicht am Ort sind.

2. **Ein Flugblatt für auslernende Lehrlinge** ist allen Gau- und Ortsverwaltungen in entsprechender Anzahl zugefandt. Wir erjuden, das Flugblatt recht ausgiebig zu verbreiten, um die jungen Kollegen möglichst vollzählig für die Organisation zu gewinnen. Nachlieferungen von dem Flugblatt können in jeder gewünschten Anzahl erfolgen. **Der Verbandsvorstand.**

Die deutsche Kartonnagenindustrie im Jahre 1916.

I.
Die „Kartonnagen-Zeitung“ bringt alljährlich eine Uebersicht über den Geschäftsgang in der Kartonnagenindustrie. Das ist sehr löblich und man erkennt daraus, daß die Kartonnagenfabrikanten, die doch wahrscheinlich die Unterlagen zu jener Uebersicht geben, zentral organisiert sind und ihre Organisation auch in den hauptwichtigsten Plätzen der Industrie verbreitet ist. Es wäre gut, wenn auch die anderen Zweige der Papier verarbeitenden Industrie eine solche Uebersicht geben würden, was leider bisher noch nicht der Fall ist. Auch für die eigentliche Buchbinderei fehlt uns eine solche, obgleich der Verband Deutscher Buchbinderbestitzer bald zwei Jahrzehnte besteht, der vor allem sich verpflichtet fühlen müßte, seinen Mitgliedern einen Uebersicht über die Lage des Gewerbes zu geben. Begehrtest ist es ja freilich, wenn er diese Aufgabe bisher nicht erfüllte und schließlich nicht zu erfüllen vermochte, weil er außerhalb der Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart nur verhältnismäßig wenige Mitglieder hat, somit ihm auch die Unterlagen für eine Berichtserstattung fehlen.

Wir wollen im nachstehenden das Wichtigste über die Lage der Kartonnagenindustrie aus der „Kartonnagen-Zeitung“ wiedergeben, und zwar in derselben Reihenfolge wie dort.

Aus Breslau wird der Zusammenschluß sämtlicher Kartonnagenfabrikanten in einer Ortsgruppe des Zentralverbandes der Kartonnagenfabrikanten gemeldet und die Geschäftslage im letzten Jahre als eine allgemein lebhafte bezeichnet.

Das Bergische Land (Warmen-Elberfeld, Solingen usw.) schildert die Geschäftslage viel trüber wie im Jahre vorher. Auch für das kommende Jahr wären die Aussichten sehr schlecht. Die Klage wird nicht grundlos sein, weil die Textilfabriken des Bezirks meistens schlecht beschäftigt sein werden und deshalb wenig Verpackungskartonnagen gebrauchen.

In ähnlicher Weise liegt es in Bielefeld, wo die Wäscheherstellung kein goldenes Zeitalter während des Krieges hat und deshalb ihr Hilsgewerbe nicht mit Aufträgen versehen kann.

In Dresden lag das Geschäft sehr verschieden, je nach der Art der gebrauchten Kartonnagen. In den Packungen für die Zigarettenindustrie gab es das ganze Jahr reichliche Arbeit, der Absatz nach den besetzten Gebieten in Polen erlitt dagegen ebensowohl eine Abchwächung wie der Bedarf in Rohkartonnagen und in Packungen für Pakwaren, Waffen und Schokoladen.

In Nürnberg-Fürth wurden die beanspruchten Teuerungszuschläge seitens der Kundschaft anstandslos bewilligt, der Geschäftsgang war durchgängig gut, nur erwachsen Schwierigkeiten dadurch, daß das Personal in Munitionsfabriken Arbeit suchte, wo oft das zwei- und dreifache an Lohn gezahlt wurde wie in der Kartonnagenindustrie.

In Hamburg waren sämtliche Fabriken gut beschäftigt, da der Ausfall der Ausfuhr vollkommen durch Wenaufnahme einiger Artikel für Seereslieferungen ausgeglichen wurde. Materialbeschaffung war teilweise recht schwer, und sollte die Beschlagnahme des Drahtes aufrechterhalten werden, müßten einige Fabriken schon in den ersten Monaten des nächsten Jahres schließen.

Aus Köln wird ein befriedigender Geschäftsgang gemeldet. Aus Mangel an geschultem Personal mußten einige Fabriken mit Ueberstunden arbeiten.

Einen im allgemeinen recht guten Geschäftsgang in der Etnis- und Kartonnagenindustrie verzeichnet der Lahrer Bericht, „obgleich hier fast nur Luxuskartonnagen hergestellt werden“. Einige größere Betriebe waren genötigt, im Spätjahr mehrere Monate über Zeit arbeiten zu lassen. Da wird zweifellos auch ein entsprechender Verdienst für die Fabrikanten herausgesprungen sein, und da die dortigen Fabrikanten durchweg wohlhabende Leute sind, so hätte davon auch der Arbeiterschaft ein entsprechender Mehrerwerb in Gestalt von Teuerungszulagen von Rechts wegen zustehen müssen. Allein diese blieben sehr bescheiden, so daß nichts anderes übrig bleibt, als daß sich die Arbeiterschaft selbst rührt, um zu ihrem Rechte zu kommen.

Im Gegensatz zu Jahr wird die geschäftliche Lage in Offenbach als wenig befriedigend bezeichnet. Zwar wäre die Lederwarenindustrie gut beschäftigt gewesen und hätte daher auch die Kartonnagen-geschäfte mit Aufträgen bedacht, doch dafür seien andere Industrien nicht dazu in der Lage gewesen.

Von Berlin wird auf die stürmische Aufwärtsbewegung der Materialpreise in der ersten Hälfte des Jahres hingewiesen, die erst im Ende fand, als der Zentralverband der Kartonnagenfabrikanten Anfang Juli erklärte: „Bis hierher und nicht weiter!“ Gestagt wird über den Mangel an geliebten Zuschneidern und darüber, daß gewisse Firmen sich nicht scheuten, anderen Firmen die Arbeit abzugeben, deren Inhaber im Felde standen. Mit der Arbeiterschaft habe ein leidliches Verhältnis bestanden. Zum 1. Oktober drohten zwar durch Kündigung der bestehenden Tarife ernste Differenzen auszubrechen, „doch gelang

es den besonnenen Führern auf beiden Seiten, den Frieden in zwißter Stunde zu erhalten“.

Das Geschäft in Erfurt war im allgemeinen ruhig, doch reichlich die Aufträge aus, um die vorhandenen Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Aus Weiskensfeld wird ein erheblich größerer Umsatz als im Vorjahre gemeldet. Die Preise seien gleichfalls höher und der Verdienst dementsprechend befriedigend gewesen.

Auch aus Sonneberg wird die Geschäftslage als im allgemeinen befriedigend bezeichnet. Dann wird wörtlich geschrieben: „Es werden hier von Lieferanten für Munitionsfabriken viel Papphälften gebraucht. Einige Kollegen haben als Unterlieferanten solche fabriziert, bis das Verhältnis durch einen Tarif des Deutschen Buchbinderverbandes gestört worden ist. Sehr zu bedauern ist, daß trotz aller Mühe es keinem Kollegen gelungen ist, von den Munitionsfabriken unmittelbar Lieferung zu erhalten, die Lieferung haben hier nur Nichtfachleute in den Händen.“ Soweit unser Verband in Betracht kommt, ist diese Darstellung völlig unrichtig, denn er ist vielmehr befreit gewesen, den Kartonnagenfabrikanten einen höheren Verdienst und direkte Auftragserteilung durch die in Frage kommende Munitionsfabrik zu verschaffen. Unsere Vertreter sind mit den Fabrikanten Hand in Hand gegangen, und wenn deren Wünsche nicht alle erfüllt wurden, so haben sie das ihrer eigenen kaufmännischen Ungefäßlichkeit zu verdanken, die der der Nichtfachmänner bedeutend unterlegen war. Der Tarif des Deutschen Buchbinderverbandes, der mit den Fabrikanten vereinbart ist, trägt also keinesfalls die Schuld daran, was gegebenenfalls durch Briefe der Fabrikanten bewiesen werden kann.

Vaterländischer Hilfsdienst und Unfallgefahr.

Auf einen auch für unseren Beruf besonders bemerkenswerten Erlaß wollen wir unsere weiblichen und jugendlichen Berufsangehörigen hinweisen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 5. Januar mittelt, daß das Reichsversicherungsamt, um die Einstellung von weiblichen und jugendlichen Personen und von Kriegsbeschädigten in die gewerblichen Betriebe zur Verwertung ihrer Arbeitskraft im vaterländischen Interesse zu fördern und dabei den notwendigen Anfallschutz zu wahren“, folgenden Erlaß an die Vorstände der gewerblichen Berufsgenossenschaften gerichtet:

„Bei Durchführung des Reichsgesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst wird die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Personen in gewerblichen Betrieben eine weitere Steigerung erfahren. Die Verhältnisse werden auch dazu zwingen, diese Personen in großem Umfang an Betriebs-einrichtungen und mit Arbeits-tätigkeiten zu beschäftigen, von welchen sie nach den berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften bisher ausgeschlossen waren. Dadurch entsteht ein Zwiespalt zwischen den Anforderungen der Unfallfürsorge und der Notwendigkeit, die vorhandenen Arbeitskräfte, auch die weiblichen und jugendlichen Personen, tunlichst in den Dienst des Volkes zu stellen.“

Das vaterländische Gebot der Stunde läßt sich mit den Forderungen des Anfallschutzes dadurch in Einklang bringen, daß weibliche und jugendliche Personen zu ihnen bisher unzugänglichen Arbeiten mit Zustimmung des Vorstandes der Berufsgenossenschaft zugelassen werden, wenn die Betriebsamternehmer ihre Gesinde an den Vorstand durch den Nachweis führen, daß die Aufrechterhaltung des Be-

frühes in dem notwendigen Umfang bei dem Mangel an männlichen Arbeitern die Einstellung weiblicher und jugendlicher Arbeiter unabwendbar macht. Voraussetzung der Genehmigung ist ferner, daß durch geeignete Auswahl der den Arbeitern zuzuteilenden Tätigkeits-, durch Verwendung besonderer unschädlicherer Arbeitsleistung bei weiblichen Personen, durch unpassende Ausgestaltung der Betriebsrichtungen mit Schutzvorrichtungen und gewissenhafte Aufsichtnahme in der Verwendung der Maschinen und Apparate dem Arbeiter die notwendige Achtung entgegen wird. Die Bedienung besonders gefährlicher Maschinen ist auszuschließen, da bei geeigneter Arbeitsteilung den weiblichen und jugendlichen Arbeitern regelmäßig weniger gefährliche Arbeit zugewiesen werden kann.

Ferner ist zu erwarten, daß zur Durchführung der Arbeitstherapie und zur Wiederaufnahme der Berufsarbeit eine wachsende Zahl von Kriegsbeschädigten in den Betrieben zu beschäftigen sein wird. Auch hier wird eine wohlwollende Auslegung der Unfallversicherungsbestimmungen empfohlen, insoweit sie unter gewissen Voraussetzungen eine Beschäftigung von Personen, die mit Gebrechen behaftet sind, bei für sie besonders gefährlichen Arbeiten ausschließen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß körperlich beschädigte Arbeiter an geeigneter Stelle unter Beachtung adäquater Vorichtsmaßnahmen ohne besondere eigens und der Mitarbeiter Gefährdung verwendet werden können. Es gilt im vaterländischen Interesse, auch die den Kriegsbeschädigten verbliebene Arbeitskraft nach Möglichkeit zu verwerten. Wenn die Unfallversicherungsbestimmungen keine ausdrückliche Sandbände zur Erteilung der Genehmigung in den vorerwähnten Fällen bieten, so ist das Reichsversicherungsamt bereit, den Vorständen eine besondere Ermächtigung für die Dauer des Krieges oder bis zu einer entsprechenden Abänderung der Unfallversicherungsbestimmungen zu erteilen.

Sollte sich trotz sorgfältiger Beachtung der Unfallversicherungsbestimmungen und der vorstehenden Vorsichtsmaßnahmen ein Unfall bei den von Vorhand zugelassenen Arbeitsleistungen weiblicher, jugendlicher oder kriegsbeschädigter Personen ereignen, so würde diesseitigen Erachtens eine Verfassung oder Satzbestimmung des beteiligten Unternehmens nicht mehr in Frage kommen können. In gleicher Weise wäre zu verfahren, wenn ein Unternehmer in dringenden Fällen auf eigene Gefahr Personen der vorerwähnten Art beschäftigt und sich, obwohl er erweislich alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen hatte, gleichwohl ein Unfall ereignet.

Um die Genossenschaftsmitglieder über das hiernach von ihnen zu beobachtende Verhalten aufzuklären, wird empfohlen, alsbald unter Berücksichtigung der vorstehend dargelegten Gesichtspunkte und entsprechend den besonderen Betriebsverhältnissen der in der Berufsgenossenschaft vereinigten Gewerkschaften den Mitgliedern Mitteilungen bekanntzugeben, von denen ein Stud. dem Reichsversicherungsamt einzureichen ist.

Es wird allerdings nicht zu umgehen sein, daß während des Krieges jugendliche und weibliche Personen an gefährlichen Maschinen beschäftigt werden, um so mehr muß aber darauf gesehen werden, daß alles mögliche getan wird, um die dadurch bewirkte höhere Unfallgefahr auf das Mindestmaß zu beschränken, wozu auch unsere älteren Kollegen und Kolleginnen unangenehm durch gespannte Aufmerksamkeit und durch Unterweisung der Alerfahrenen mit beitragen können.

Aus unserem Beruf.

Wohltätige Aushilfe zugunsten der Ausmarschierten. Hierüber wird uns aus Stuttgart von der Geschäftsführerin Emil Vandell geschrieben, daß eine solche Aushilfe seitens der Geschäftsangehörigen am 27. Januar im „Stadtgarten“ stattfand und zur allgemeinen Nachachtung empfohlen werden kann. Die Vortragsordnung weist Anproben, Vieder, musikalische und andere Vorträge in bunter Reihenfolge auf und ein Schauspiel in zwei Akten von Björnson bildete den zweiten Teil der Veranstaltung, bei der die Teilnehmer auf einige Stunden von dem bitteren Ernst der Zeit abgelenkt und in die Regionen der Kunst entrückt wurden. Der Ertrag der Aufführung soll ein sehr guter gewesen sein, da der Wohlwille keine Schranken gesetzt waren, was wir unseren braven Leidenden von Herzen gännen. Herr Kommerzienrat Wandell, Hauptmann der Landwehr, nahm an der Aufführung teil.

Korrespondenzen.

Braunschweig. Am 27. Januar hielt die Zahlstelle in Stadt Meinsburg ihre Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vorstands- und Kassenericht, 2. Bericht des Vorstandes, 3. Verbandsangelegenheiten. Da unser Vorsitzender St. Witt-

mann nicht erschienen war, wurde vom Kollegen Sächig die Verammlung eröffnet. Zum 1. Punkt: „Ueber die Tätigkeit des Vorstandes“ konnte nichts Besonderes berichtet werden, da durch den Krieg nichts unternommen werden konnte. Der Kassenericht, vom Kollegen Fischer erstattet, ergab folgendes Bild: Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 452,41 M., die Ausgabe betrug 301,83 M., mithin bleiben fürs nächste Quartal 147,58 M. Die Kassenericht hatte einen Bestand von 461,00 M., die Einnahme betrug 77,08 M., die Ausgabe 170,81 M., fürs nächste Quartal bleibt ein Bestand von 368,77 M. Der Mitgliederbestand betrug 25 männliche und 8 weibliche. Außerdem stehen 82 Mitglieder im Felde, davon waren Kollege Oppermann und Hügel als Gäste anwesend, welche von der Versammlung freundlich begrüßt wurden. Durch solche Auslegung des Hilfsdienstgesetzes haben wir drei weibliche Mitglieder eingewählt. Der zweite Punkt beschäftigte sich mit der Vorstandswahl. Es wurden Kollege Sächig als Vorsitzender, Heinrich Fischer als Kassierer, Karl Schmidt als Schriftführer und Heinrich Schwabe zum stellvertretenden gewählt. Zum 3. Punkt: „Verbandsangelegenheiten“ wurde u. a. Protest erhoben gegen die Schreibweise des Medakteurs der „Buchbinder-Zeitung“, Kollegen Mitho-Berlin. Man betrat einmütig die Ansicht, daß Persönliches für den Medakteur des „Volkstreunds“, Lertzer, sowie Parteireisende in unserer Fachzeitung keinen Raum haben sollten, sondern daß die Zeitung dazu dient, Gewerkschaftsinteressen zu vertreten. Der Vorsitzende, Kollege Sächig, wurde beauftragt, den Hauptvorstand auf dieses hinzuweisen. Da weiter nichts Besonderes vorlag, erreichte die Versammlung gegen 11 Uhr ihr Ende.

Nachricht der Redaktion. Wir verweisen die Braunschweiger Kollegen auf unsere Nachschrift zum Leipziger Versammlungsbericht, wo wir unsere Ansicht über das gewerkschaftsschädigende Treiben des „Volkstreunds“ und seines Medakteurs Lertzer dargelegt haben. Barium nehmen die Braunschweiger nicht gegen die persönliche Schreibweise des „Volkstreunds“ Stellung, der doch Mitho und andere wahrlich nicht idiom! Schreib er doch noch u. a. am 23. Januar, also einige Tage vor der Braunschweiger Versammlung: „Mitho schwärmt unentwegt und bekennt das Banner der Unwahrheit und Niedrigkeit weiter. Nun, wir können das Gefäß ertragen. Aber daß die Leiter der „Buchbinder-Zeitung“ so etwas als geistige Kraft ertragen.“ Das war ein Wink mit dem Zaunpfahl an gewisse Leiter der „Buchbinder-Zeitung“, den unangenehm kritiker mundlos zu machen.

Leipzig. Am 29. Januar hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung in Ermangelung eines geeigneten Versammlungsortes, in einem kleinen, sonst nur für Betriebsversammlungen benutzten Lokale ab. Die Versammlung betrug daher auch nur gegen 100 Personen. Der Bevollmächtigte, Kollege Biende, erstattete den Geschäftsbericht. Er führte aus, daß das Ergebnis der Organisationsarbeit im vergangenen Geschäftsjahre ein durchaus befriedigendes zu nennen sei. Die fortgesetzte Einziehung zum Heeresdienst habe zwar manche Schwierigkeiten mit sich gebracht, doch sei es in den meisten Fällen immer noch gelungen, die entstehenden Lücken in den Kreisen der Werkstättenfunktionäre wieder auszufüllen. Neben der Durchführung zweimaliger Teuerungszulagendebattungen habe insbesondere die Agitationsarbeit alle Kräfte in Anspruch genommen. Die nach dieser Richtung hin gemachten Aufregungen seien aber auch von ganz annehmbaren Erfolgen gekrönt gewesen. Während es im Jahre 1915 nur möglich gewesen wäre, 410 neue Berufsangehörige der Organisation zuzuführen, habe man im Jahre 1916 1062 neue Mitglieder dem Verbande zuführen können. Und zwar seien aufgenommen worden 264 männliche und 788 weibliche Berufsangehörige. Dadurch, daß im Laufe des Jahres 1916 alte Mitglieder zum Heeresdienst neu eingezogen worden, sei natürlich die Gesamtzahl der Mitgliedschaft wesentlich beeinträchtigt worden, doch sei trotz dieses Abganges noch immer ein Gewinn von 382 Mitgliedern zu verzeichnen gewesen. Es betrug die Mitgliederzahl am Anfang des Jahres 1916 223, und derzeitigen seien es 2905 Mitglieder, davon seien 886 männliche und 2019 weibliche. Zum Heeresdienst seien gegenwärtig 1458 Kollegen eingezogen. Biende meinte, wenn er dieses Ergebnis als befriedigend bezeichnet, so wolle er aber damit nicht sagen, daß wir nunmehr die Hände in die Hosentasche stecken könnten, sondern da wir noch immer eine sehr große Zahl von Berufsangehörigen am Orte haben, die uns noch fernstehen, müsse auch im laufenden Jahre mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dafür gesorgt werden, daß die Zahl der Indifferenten immer kleiner und kleiner werde. Unterlassen wolle er nicht an dieser Stelle namens der Organisationsleitung allen Werkstättenfunktionären für ihre rege Mitarbeit bei der Agitation den Dank auszusprechen.

Dem Kassenericht, den der Kollege Waltherr erstattete, ist zu entnehmen, daß auch die finanzielle Lage der Zahlstelle eine befriedigende ist. Trotz nicht unwesentlicher Ausgaben für alle möglichen Unterhaltungszwecke ist es möglich gewesen, das Vermögen der Zahlstelle um 12524,68 M. zu erhöhen. Es betrage daselbe gegenwärtig 155 710,60 M.

Die Revisoren berichteten, Masse und Bücher in better Ordnung gefunden zu haben, und wurde deshalb dem Kassierer Entlastung erteilt.

Eine Neuwahl der Ortsverwaltung wurde mit Rücksicht auf den Kriegszustand nicht vorgenommen. Da jedoch mehrere Mitglieder im Verlaufe des Jahres ausgeschieden sind, auch der Kollege Thalheim seinen Austritt erklärte mit der Begründung, er könne als Mitglied der Verwaltung sich nicht so frei betätigen, als wenn er nicht Verwaltungsmittglied ist, wurden neu hinzugewählt die Kollegen Paul, Brumme, Hymann und Thomas.

Bei dem Marktbericht entwickelte sich eine sehr lebhafte Debatte. Kollege Thalheim wandte sich gegen Biende und meinte, er könne sich mit dessen Stellungnahme in einer vor längerer Zeit stattgefundenen Vorstandskonferenz, wo Biende gegen die Schreibweise der „Leipziger Volkszeitung“ polemisiert habe, nicht einverstanden erklären. Biende verwahrte sich gegen die Vorwürfe und meinte, wenn die „Leipziger Volkszeitung“ den gewerkschaftlichen Teil fortgesetzt zu kurz kommen lasse, sei es seine Pflicht, dagegen Stellung zu nehmen. Im übrigen lasse er sich in bezug auf seine politische Meinung keine Vorschriften machen. An Stelle des wieder zum Heeresdienst einrückenden Kollegen Finke wurde als Ersatzmann für das Gewerkschaftsamt der Kollege Thalheim gewählt. Sodann entspann sich eine sehr lebhafte Debatte über die Haltung der „Buchbinderzeitung“. Thalheim erhob heftige Vorwürfe gegen die Redaktionsführung und schlug eine Resolution vor. Die Kollegen Finke und Biende wandten sich dagegen. Beide Meiner meinten, es könne bei Annahme der Resolution sehr leicht der Verdacht aufsteigen, als stelle sich die Leipziger Kollegenfahrt auf den Standpunkt des Organisationszerstörers, der im „Braunschweiger Volksfreund“ die Sperzung der Gewerkschaftsbeiträge eingetrieben sei. Thalheim meinte, das solle durch seine Resolution nicht ausgebrocht werden; er halte aber die Angriffe auf die Redaktion des „Braunschweiger Volksfreunds“ für ungerechtfertigt. Nachstehende Resolution wurde sodann bei etwa noch 60 anwesenden Mitgliedern mit 39 Stimmen angenommen:

Resolution. Nachdem eine Generalversammlung der Zahlstelle Leipzig im Vorjahr durch Annahme einer Resolution die persönliche Kampfwiese des stellvertretenden Redakteurs der „Buchbinderzeitung“ gegenüber der Opposition angegebenden Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern mißbilligte, welchem Vorgehen sich im Weichen andere Zahlstellen anschließen, und obgleich auf der Gaukonferenz im Dezember 1916 von allen Meiner einstimmig das Vorgehen des Kollegen Mitho verurteilt wurde, fährt dieser in der gleichen Weise fort, den persönlichen, verletzenden Ton in der „Buchbinderzeitung“ anzuschlagen, wie unter anderem auch der in Nr. 4 erscheinende Artikel „Gegen die Gewerkschaftszerstörer“ ihr Genüge bewirkt.

Damit ist dokumentiert, daß der stellvertretende Redakteur entweder nicht gewillt ist oder es ihm nicht möglich ist, sachliche Differenzpunkte von persönlichen zu scheiden.

Die Versammlung mißbilligt erneut die Handlungsweise und ersucht den Verbandsvorstand sowie den Verbandsauschuß, geeignete Schritte zu unternehmen, um diese die Einheit der Gewerkschaftsbewegung fördernde Handlungsweise in Zukunft zu verhindern.

Diese Entschlieung ist der „Buchbinderzeitung“ zur Veröffentlichung zu übermitteln und dem Verbandsvorstand und Verbandsauschuß zuzustellen.

A. Thalheim, A. Biende, J. Stengel, R. Petrich, J. Vertmann, S. Leubcker.

Nachricht des Medakteurs: Die vorstehende Resolution winneil von unrichtigen Behauptungen und persönlichen Angriffen. Ihr sonntiger Sinn ist sehr unklar. Nur soviel ist klar, daß sie die Redaktion des Braunschweiger „Volkstreunds“ in Schutz nimmt, die ich, und das mit Recht, angegriffen habe, weil in einem Leitartikel des „Volkstreunds“ die Beitragsperre in den Gewerkschaften, also die Zusammenlegung der Gewerkschaften, empfohlen worden war.

Nach habe das voll untreu, was ich diesbezüglich geschrieben, ob die Redakteure des „Volkstreunds“ nun zur sozialdemokratischen Partei oder zur Arbeitergemeinschaft gehören, ob sie Schlinge oder Mitter oder Lertzer oder Wirthler heißen. Für mich kommt nur in Betracht, ob sie den Gewerkschaften nützen oder schaden. Ihr Privatleben geht mich dabei nichts an,

wohl aber ihr öffentliches Wirken. Und da läßt sich die Betonung von der Sache nicht trennen. Die Leipziger Revolution handelt auch demgemäß, denn sie verlor an Einfließen von Verbandsvorstand und Verbandsauschuss, also der „Anstalten“ gegen den Redakteur der Buchbinder-Zeitung, weil er einen Mann wie Sepp Dertter, der einstimmig von Verbandsvorstand aus unserem Verbands ausgeschlossen wurde wegen Propaganda gegen die Zentralorganisationen, der seinerzeit dem Ausschusse der Sozialdemokratischen Partei nur durch schnellen Austritt entging, der erst Anarchist, dann Sozialist, dann wieder Anarchist war und schließlich und angeblich wieder Sozialist ist, der bald so, bald so schrieb — und in dem von ihm geleiteten Blatte eine gewerkschaftsfeindliche Propaganda zuließ — für einen Schaden in der Arbeiterbewegung hält. Viel schärfer sprechen sich andere Gewerkschaftsorgane über den „Volksfreund“ und Herrn Dertter aus; so u. a. „Der Grundstein“ vom 27. Januar, indem er am Schluß längerer Ausführungen schreibt:

„Wir haben Herrn Dertter nicht gern so viel von unserem ohnehin knappen Raum gewidmet, aber die Gefahr, die der Gewerkschaftsbewegung von Seiten seines Schlags und von Wätern wie dem Braunschweiger „Volksfreund“ droht, wenn ihnen nicht rüchstlos die Waage vom Gewicht gerissen wird, rechtfertigt es wohl, daß man sich etwas ausführlicher mit ihnen beschäftigt.“

Da nun in der Resolution von der persönlichen Kampfmethode Bloth die Rede ist, so wollen die Leipziger einmal hören, wie „vornehm“ sich Sepp Dertter gegen Bloth auf dessen auf unaufschiebbaren Tatsachen und eigenhändigen Briefen Dertters beruhenden Aufsatz gegen Dertter („Aus dem Doppelleben eines Untertans“, Buchh.-Ztg. 1915, Nr. 30, S. 118) in einem Briefe vom 24. Juli 1915 ausdrückte. Es wurde Bloth vorgeworfen: „von Gemeinheit triefende persönliche Anempfehlungen“, er sei „ein gemeiner Verleumder und Ehrabschneider“, er verändere sich in einem „traurigen Geisteszustand“, er schreibe die Unvoherheit, um zu verleumden und „Ehrabschneiden“, „er müsse mit Schimpf und Schande aus seinem Amte gejagt werden“, er hätte durch seinen Artikel Dertter „desmanziert und könne vom Berliner Polizeipräsidenten Belohnung und Belobigung erhalten“. In diesem Tone ging es auf 4 Quartseiten fort und im Braunschweiger „Volksfreund“ hingt der gegen mich angelegene Ton nicht anders. Allerdings kann Dertter auch anders schreiben, wenn es sein Glück erbercht. Am 7. September 1915 sandte mir Dertter seine Korrespondenz „Unterhaltung und Belehrung“ zu mit einem Begleiterschreiben, in dem er u. a. hieß:

„Die Korrespondenz ist aus der Not der Zeit entstanden. Aus meiner Not... Ich bitte Sie herzlich, werter Genosse und Kollege, die überlieferten Blätter freundlichst zu prüfen und mein Unternehmen durch ein Abonnement auf die Korrespondenz oder durch gelegentlichen Abdruck daraus zu unterstützen. Seien Sie meines innigsten Dankes sicher; er wird um so ansehnlicher sein, als ich in Ihrer Unterstützung eine kollegiale und solidarische Hilfe sehe.“

Die 39 Leipziger Kollegen, welche der Resolution Teilnehmern zustimmten, werden hiernach wohl selbst einsehen, daß sie schlecht beraten waren, als sie die Redaktion des Braunschweiger „Volksfreundes“ in Schutz nahmen und mir vorwarfen, ich gefährde die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Nathenow. Am 20. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Leider litt auch dieselbe an schwachem Besuch der Mitglieder, trotzdem die schönen Erfolge in Feuerungszulagen ein Ansporn hätten sein müssen, die Versammlungen besser zu besuchen. Bevor zur Tagesordnung geschritten wurde, teilte der Vorsitzende Kollege Fröhlich das Ableben des Kollegen Reiche an schwarzen Boden mit; die Versammlung erhob sich zu dessen Ehren von ihren Plätzen. Nach dem Jahresbericht des Vorsitzenden wurden die Geschäfte der Zahlstelle in 6 Vorstandssitzungen und 6 Mitgliederversammlungen erledigt. Außerdem fanden noch 4 kombinierte Sitzungen statt. In 2 Versammlungen referierte Kollege Bloth über Feuerungszulagen. Einen vollen Erfolg erzielten wir bei unseren Forderungen mit den Feuerungszulagen. Der Grundlohn für gewöhnliche Einus war 3,68 Mk.; er erhöhte sich ab 15. Juni 1915 auf 4 Mk. für das Gros gewöhnlicher Pappetnis. Mit den Feuerungszulagen kamen sie dann ab 15. Februar 1916 auf 4,30 Mk., ab 27. Mai auf 4,95 Mk. und ab 6. Januar 1917 auf 5,50 Mk. bei einem Grundlohn von 4,30 Mk. Alle anderen Arbeitererfordernisse erfuhren im gleichen Zeitraum eine Aufbesserung von 15 Proz. Ebenso erhielten die Lohnarbeiter und -arbeiterinnen Lohnzulagen in gleicher Höhe, was Lohnaufbesserungen von 8—14 Mk. die Woche ausmacht. Leider ist aber der Erfolg in der Agitation nicht derselbe, denn unsere unorganisierten Kollegen und Kolleginnen nehmen wohl die durch den Buchbinderverband erzielten

Zulagen, sind aber nicht zu bewegen, dem Verbands beizutreten. Deshalb wollen wir aber in unserer Arbeit nicht erlahmen und ihnen immer vor Augen führen, daß nur durch die tatkräftige Arbeit der hiesigen Zahlstelle die Zulagen erzielt wurden.

Die Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß das hiesige Ernährungsamt den Erstarbentern keine Preiszulagenmarken gewährt hat, trotzdem bei der nun herrschenden langen Arbeitszeit die Arbeit eine anstrengende ist. Es wurde beschloffen, deswegen eine Eingabe an das Ernährungsamt zu richten.

Mit dem Wunsche, daß wir in diesem Jahre mit der Agitation mehr Erfolg haben, wurde die Versammlung geschlossen.

Wurz. Mittwoch, den 24. Januar, fanden sich die Mitglieder der Zahlstelle zu einer Aussprache über die erfolgte Feuerungszulagenbewegung bei der Kartonnagenfabrik Zimmermann und Breiter zusammen. Kollege Fröhlich betonte, daß er den Wünschen der Mitglieder gern nachkommen sei und brachte den gewünschten brieflichen Verkehr zur Kenntnis. Der Erfolg sei ja bereits bekannt und bestehe in einer weiteren Mark Zulage auf den verdienten Lohn. Die Firma meint eine höhere Zulage nicht zahlen zu können, da die im Jahre 1915 bewilligte von 1,50 Mk. sie schon stark belaste, und ferner die Familienunterstützung für Heereszeitnehmer — bei der leider einige ausgeschlossen sind, wie in der Versammlung bekannt wurde — der Firma bereits 33.000 Mk. an Ausgaben verursacht.

Praktarisches Empfinden und Nationalbewußtsein lassen sich hier wohl miteinander vereinbaren. Dafür ist der nachfolgende Brief aus einem Gedicht Hermann Kreiswirths aus dem Jahre 1870 der beste Beweis. Freilich war der Freund von Karl Marx, sein Mitredakteur an der späteren „Menschen Zeitung“ im Revolutionsjahr 1848 und einer unserer feurigsten revolutionären Dichter, aber kein Mensch, denn er mußte jahrzehntlang als politischer Flüchtling in England das harte Brot der Verbannung essen. Das hielt ihn aber nicht ab, der nationalen Einigung Deutschlands freudig anzutreten.

Auf Deutschland, auf und Gott mit dir,
Auf Feld, der Wärfel flücht!
Woh! schmeiß die Faust uns, deuten wir,
Das Blut, das fließen wird!
Dennoch das Auge läßt empör,
Denn liegen wirst du ja,
Groß, herrlich, frei wie nie zuvor!
Hurra Germania!
Hurra Viktoria!
Hurra Germania!

habe. Der Wunsch der Firma, dahin zu wirken, daß nicht weitere Arbeiterinnen in die Munitionsfabriken abrüden, fand dahingehende Verantwortung, daß die Arbeiterinnen gern die ihnen liebgeordnete Stellung beibehielten, die Firma müsse aber dann auch dafür Sorge tragen, daß auskömmlichere Löhne gezahlt werden, und es könne schon viel erreicht werden, wenn eine gerechtere Verteilung der Arbeiten Platz greife. Die Mitglieder verpflichteten sich nach wie vor, dem Verbands Komitee zu beharren und alles daran zu setzen, um die noch Zurückbleibenden zu gewinnen, damit nach Beendigung des Krieges ein zeitgemäßer Tarif erreicht werden könne. Kollegen dankte gab hierauf den Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 338,10 Mk., an Ausgaben waren zu verzeichnen 837,06 Mk. Die Kassa hatte eine Einnahme von 122,31 Mk. und eine Ausgabe von 77,13 Mk. Es ist ein Kassenbestand in Höhe von 673,95 Mk. vorhanden.

Internationales.

(HK) Ein amerikanisches Gewerkschaftsblatt über England. Unter dem Titel „Macht geht vor Recht“ ist im Verbandsorgan der amerikanischen Seuteute zu lesen: „Großbritannien hat den an Deutschland angrenzenden neutralen Ländern vorgeschrieben, was sie in einem Jahr und darüber hinaus einführen und nicht einführen dürfen. Es entscheidet auf Grund seiner Ueberwachungen, was vom Import in diese Länder für den eigenen Gebrauch und was für die Ausfuhr nach Deutschland bestimmt sei. Sein Ziel ist, die Einfuhr nach Deutschland zu unterbinden. Wenn gewisse Einfuhrartikel in einem neutralen Lande Artikel entbehrllich machen, die nach Deutschland ausgeführt werden könnten, so verbietet es einfach diese Einfuhr.“

„Ob britische Pläne, Absichten, Verordnungen, Bestimmungen oder Rationierungen dem

internationalen Recht entsprechen, ist ganz gleichgültig. Großbritannien besitzt die Macht, zu tun was es will und es übt diese Macht aus; internationales Recht hat, internationales Recht her. Es führt eben Krieg. Seine Vorherrschaft, sein Prestige in der Welt sind am Spiel. Und es hat durchaus nicht vor, dies alles untergraben zu lassen. Wenn das internationale Recht im Wege ist, seine Macht und sein Prestige zu bewahren, um so schlimmer für das internationale Recht.“

Großbritannien übt diese Macht aus, weil es die Mittel hat, sie auszuüben. Dieses Machtmittel zur Durchsetzung seiner Verbote, Verordnungen, Einschränkungen und Bestimmungen ist seine Flotte. Und die Flotte führt jetzt das aus, wofür sie geschaffen wurde. Großbritannien hat seine Seemacht nur geschaffen und hält sie nur aufrecht, um die Vorgänge in der Welt zu kontrollieren. Wenn das internationale Recht zufällig mit seinen Plänen zusammenfällt, ist's schön. Wenn es aber nicht zusammenfällt, was kann die Welt tun? Sich unterwerfen. Das ist alles was sie tun kann. Großbritannien weiß das. Die Welt weiß das.“

Das sind für uns Gemeinplätze geworden, aber es ist noch immerhin eine seltene Erscheinung, wenn auch in der amerikanischen Arbeiterpresse das wahre Gesicht des Freiheitsstreters so einfach und einleuchtend gezeichnet wird. Dieselbe Nummer des Blattes schreibt über den Birminghamer Gewerkschaftskongreß: „Unsere guten Freunde und Kollegen in England, die in Birmingham erklärten, nie, nie wieder mit jenen schenfflichen Deutschen zu sprechen, oder wenigstens erst, wenn der letzte Soldat aus Belgien vertrieben ist, scheinen vollkommen unfähig zu sein, ihres eigenen Landes Verfehlungen in dieser Hinsicht zu erkennen. Indessen; seitdem die Verblindeten sich die griechische Flotte ohne weitere Kriegserklärungsformalitäten angeeignet haben, fängt die vor der ganzen Welt dargestellte Einpörung über die „unverantwortliche“ Invasion Belgiens auszugehen an wie Spiegelfechterei.“

Auszeichnungen.

Aus dem Kreise unserer Verbandsmitglieder wurden uns folgende im Felde erteilte Auszeichnungen bekannt:

- Kollege Arthur Riedler, Mitglied der Zahlstelle Chemnitz, erhielt das Eisene Kreuz.
- Kollege Wilhelm Sauerstein, Mitglied der Zahlstelle Frankfurt a. M., Offenbach erhielt ebenfalls das Eisene Kreuz.
- Kollege Lorenz Bärtlein, Mitglied der Zahlstelle Nürnberg-Kürth, erhielt das Bayerische Militärverdienstkreuz.
- Kollege Wilhelm Thurmeyer, Mitglied im Gau 16, erhielt ebenfalls das Bayerische Militärverdienstkreuz.

Rundschau.

Frauenersatz für Gehilfen im Buchdruckgewerbe. Das Buchdrucker-Tarifamt gibt unterm 22. Januar 1917 die Bedingungen bekannt, wonach die Ausbildung weiblicher und anderer ungelernter Personen zu Gehilfenarbeiten geschehen kann. Alle Anträge auf Einstellung solcher Ausbilfskräfte müssen an das Tarifamt gehen. Die sonstigen Bedingungen für die Ausbildung, Beschäftigung und Entlohnung lauten:

1. Der Zeit der Ausbildung darf eine vierwöchentliche, außerhalb der Ausbildungsfrist liegende Probezeit vorausgehen. Die Entlohnung während der Probezeit unterliegt der Vereinbarung der Vertragsparteien.
2. Firmen, die mit der Ausbildung solcher ungelernter Personen bereits begonnen haben, ist gestattet, an Stelle der erst jetzt festgesetzten vierwöchentlichen Probezeit die Ausbildungszeit um vier Wochen zu verlängern; in welcher der festgesetzten beiden Entlohnungsstufen dies erfolgen soll, bleibt der betreffenden Firma überlassen.
3. Auf die vom Tarifauschusse für die Gehilfen beschlossenen Feuerungszulagen haben die herangezogenen Ersatzkräfte keinen Anspruch, weil die für dieselben festgesetzten Lohnsätze schon den verneerten Lebensbedingungen angepaßt worden sind.
4. Die Prinzipale sind berechtigt, mit den heranzubildenden Ersatzkräften Dienstverträge auf längere Dauer abzuschließen, jedoch mit der einschränkenden Bestimmung, daß die Beträge beide Vertragsparteien nur auf die Dauer des Kriegs zur Umgestaltung des Arbeitsvertrages verpflichtet und vorab nicht über das Jahr 1917 hinausgehen.
5. Etwas während des Jahres 1917 arbeitslos werdende Ersatzkräfte sind zur Anmeldung bei unsern Arbeitsnachweisen nicht berechtigt, sondern haben sich an das Tarifamt als den Zentralarbeitsnachweis der Tarifgemeinschaft zu wenden.

Die Handlungsgehilfen-Zeitung, oder vielmehr deren jetzige Schriftleitung — denn dieser Unterschied ist zu beachten, weil dort fast mit jedem neuen Redakteur auch die Haltung der Zeitung sich ändert —, reißt sich fortgesetzt an diejenigen Gewerkschafter, die der Gemeinschaftsarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern bei gemeinschaftlichen Angelegenheiten das Wort reden. Neuerdings besitzt sie sogar den Geschmack, zu erklären: „Die Unternehmer machen ihre „Gemeinschaftsarbeit“ nicht mit den freigeberischen, sondern mit den gelben Arbeitern.“

Danach müßten also alle diejenigen Mitglieder der freien Gewerkschaften, die den bereits gegründeten Arbeitsgemeinschaften der Bäcker, Buchdrucker, Chemigraphen und Kupferdrucker, Gärtner, Holzarbeiter, Handschuhmacher, Maler, Schuhmacher, Steinfeger, Tapezierer und Töpfer unterstehen, lauter Gelbe sein. Man sieht, die Reihe der „gelben“ freien Gewerkschaften, die Arbeitsgemeinschaften abgeschlossen haben, ist schon eine ziemlich stattliche. Demnächst dürfte auch unser Verband sie um eine weitere vermehren.

Für die Handlungsgehilfen wird diese „Gefahr“ bis auf absehbare Zeit nicht in Frage kommen, besonders solange sich ihr Verbandsblatt nicht bemüht, die Sachen so zu jehen, wie sie wirklich sind. Die streben aber so: Der kleine Verband der Handlungsgehilfen ist fast völlig einflußlos auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Handelsgewerbe, mit ihm schließt daher auch kein Unternehmerverband Tarif- oder Arbeitsgemeinschaften ab; eine Arbeitsgemeinschaft bedeutet für ihn deswegen auch saure Trauben. Statt nun dies einzusehen und durch Förderung unermüdlicher praktischer Arbeit, die auch die Tüchtigsten im Handlungsgehilfenverband wollen, nach und nach Einfluß zu gewinnen, zieht es das Handlungsgehilfenblatt unter seiner jetzigen Leitung vor, radikale Sprüche zu klopfen, die mit der eigenen Machtlosigkeit in schreiendem Widerspruch stehen, und an andere unverständliche Kritik zu üben, die praktische Arbeit leisten. Aus der gewerkschaftlichen Machtlosigkeit entspringt auch die nicht auffällige Erscheinung, daß die Handlungsgehilfen wegen Verzögerung ihrer Arbeitszeit sich so oft an die gesetzgebenden Körperschaften, wo die Bourgeois die Mehrheit besitzen, wenden müssen.

So ist es. Und wir sagen dies nicht, um mit der Handlungsgehilfen-Zeitung zu streiten, sondern zu ihrem Nutzen. Freilich, ob es etwas helfen wird, ist eine andere Frage.

Ersatz der Kartoffeln durch Mohrrüben. Aus dem Kriegsernährungsamt wird geschrieben: Die Knappheit an Kartoffeln macht eine möglichst starke Veranlagung der Mohrrüben unabweislich. Die Mohrrübe hält sich im Gegensatz zur Kartoffel für den menschlichen Genuß im allgemeinen nur bis Mitte März. Deshalb muß, um für später genug Kartoffeln zu haben, mit Nachdruck auf möglichst reichliche Verwendung der Mohrrüben in den nächsten Monaten hingewirkt werden. In Preußen ist die Anordnung ergangen, daß überall da, wo genügend Mohrrüben vorhanden sind, die Wochenkopfmenge auf drei Pfund Kartoffeln herabgesetzt wird und daß die fortfallende Kartoffelmenge durch mindestens die doppelte Menge Mohrrüben ersetzt wird. Die Kartoffelzulage für die Schwerarbeiter bleibt bestehen. Den übrigen Bundesstaaten ist, soweit die Verhältnisse es zulassen, ein gleiches Verfahren empfohlen worden.

Zu den Kriegszielen der Entente schreibt die deutschfeindliche sozialdemokratische „Berliner Tagwacht“:

„Dieser Plan ist so wahnsinnig, so verbrecherisch und wird obendrein mit so heuchlerischer Selbstverständlichkeit aufgestellt, daß man sich billig wundern muß, wie es in den Ententeländern auch nur einen Menschen ehelichen Sinnes geben kann, der weiterhin es wagt, von Verteidigungskrieg für Recht und Freiheit zu sprechen.“

Die Kriegsziele der Entente sind wahnsinnig und verbrecherisch auf Kosten Deutschlands. Was uns nun nicht in den Kopf will, ist das, daß die Anhänger der „Berliner Tagwacht“ noch immer auf dem Standpunkt stehen, wir dürften uns gegen die wahnsinnigen und verbrecherischen Ententeentsatzmänner und ihre Kriegsziele nicht wehren.

Gemeinsamer Syndikus für die Handschuhindustrie und ihre Arbeiter ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Georg Davidsohn geworden nach Uebereinkunft zwischen dem Verband der Lederhandschuhfabrikanten und dem Lederarbeiterverband. Ueber die Aufgaben des Syndikus heißt es unter § 1 des Anstellungsvertrages: Derselbe übernimmt die Vertretung aller derjenigen Interessen, die beiden mit ihm kontrahierenden Verbänden gemeinsam sind. Er erledigt die zur Erfüllung dieser Verpflichtung erforderlichen Arbeiten und etwaigen Reisen und nimmt, wenn nötig, an Besprechungen, Konferenzen,

Versammlungen teil, in denen wichtige Fragen der Handschuhleder- und Lederhandschuhindustrie erörtert werden. Er verfolgt die Vorgänge in Presse und Parlament, die für die beiden Gegenkontrahenten von Wichtigkeit sind, nimmt Anregungen zur Verarbeitung und Weiterverfolgung entgegen und läßt Anregungen, die er zu geben hat, an die beiden Verbände gelangen.“

Es handelt sich, wie der neue Syndikus in der Generalversammlung des Fabrikantenverbandes sagte, zunächst um einen Versuch, der glücken, aber auch mißglücken könne.

Adressenänderungen.

- Braunschweig.** - B. H. Sächig, Mint 9 III. K. D. Fischer, Mühlstraße 34, 2. Hinterh. 1.
- Lahr i. B.** - B. u. K. A. Wohner, Verbandsbureau, Winkelgasse 9.
- Schleis.** - R. G. Maye, Komthurnweg 1. K. J. Steuner, Leichstr. 8 11.
- Schwern.** - B. G. Wubenschin, Werderstraße 13.
- K. E. Niebuhr,** Nägerstraße 14 1.

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1916 gingen weiter bis zum 5. Februar bei der Verbandskasse ein: Von Potsdam —— Mk., Gau 5 200 Mk., Nischersleben —— Mk., Bremen —— Mk., Gau 9 —— Mk., Erfurt 100 Mk., Halle 200 Mk., Rudolstadt —— Mk., Weiskensfeld 150 Mk., Duisburg-Ruhrort 75 Mk., Essen 100 Mk. und von Danau mit —— Mk.

Noch immer nicht abgerechnet haben:

Frankfurt a. O., Gau 2, Königsberg, Mainz, Mannheim-Ludwigshafen, Weihen, Gau 14/15, Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart.

G. Hauelsen.

Gau 12.

Pflegt den bargelblosen Verkehr!

Aus volkswirtschaftlichen Gründen und aus Sparmaßregeln empfiehlt es sich, möglichst alle Geldsendungen durch Postische zu begleichen. Das **Postcheckkonto Nr. 24 858** unseres **Bezirksleiters Emil Pfäffe** in Chemnitz, Dresden, Str. 40, möge daher in allen vorkommenden Fällen benutzt werden.

Anzeigen

KLEISTEROL
der beste Kleister der Welt!



Klebt auf roher Wand und schlägt nicht durch. Klebt auf Leder, Glas, Pappe, Holz, Blech usw.

1 Paket enthaltend 5 Pfund Kleisterol ergibt mindestens 80 Pfund gebrauchsfähigen Klebestoff. Preis des 5-Pfd.-Paketes Kleisterol gleich 80 Pfd. fertiger Kleister M. 13,45 per Nachnahme. In Fässern zu 25, 50 u. 100 kg Mk 450.— für % kg ab Hamburg. 19k

Kleisterol - Werke - Syndikat,
Kreuzerstr. 10 **Hamburg 1d** Tel.: Gr. 4, 5761

Anzeigen in der Buchbinder-Zeitung
(Auflage am 10. Februar 1917: 22 300, vor dem Kriege über 35 000) finden die weiteste Verbreitung.



Wer verlässliches Schürmer, Ledersachen, Schürzen, Arme, Hüt- und Wegendecken, St. u. vieles andere selbst ausbleichen will, verwendet vorzüglich

Nähahle „Stepperin“

Sie näht spielend den Steppstich wie Maschine und lohnt sich in ganz kurzer Zeit im Haushalt wie bei Handarbeit. Garantie für Brauchbarkeit. Zahlreiche Anerkennungen und Nachbestellungen :: :: ::

Preis 2,50 Mk. mit fort. Nachn. gegen Vereinfachung oder Nachnahme durch:

General-Vertreter Chr. Schopper,
:: Stuttgart 1, Schwabstraße 67 ::

Für direkte Heeresaufträge sofort gesucht

Moleskin,
jede Farbe, auch kleinere Quantitäten. Vermischte Gilofferte an

S. Rudersdorf & Co., G. m. b. H.
Frankfurt am Main.

Papierschnidemaschine „Krause“ möglichst mit diagonalem Zugschnitt und verstellbarem Tisch, Schnittlänge 50 cm oder größer, Einjahöhe 10 cm, für Handbetrieb, gut erhalten, zu kaufen gesucht von

Julius Pintsch Aktiengesellschaft,
Fürstental, Spreewald.

Bindfaden
Bersab für Post- und Bahnversand

kg. von 2.60 M. an. Probe 5 kg. gegen Nachnahme. **Willy Rendsburg, Kiel 26.**
Vertreter gesucht.

Ehren-Tafel
für unsere im Kampf fürs Vaterland gefallenen Kollegen.

Im Felde oder in den Lazaretten starben noch folgende Kollegen:

- August Dohnenjad,** geb. 2. 10. 1893 in Bockenheim, Mitglied in Hammober.
- Albin Barnikol,** geb. 16. 11. 1894 in Köppelsdorf, Mitglied in Someberg.
- Richard Hörnlein,** geb. 31. 1. 1887 in Someberg, gefallen am 28. 10. 1916, Mitglied in Someberg.
- Hans Pette,** geb. 22. 12. 1884 in Magdeburg, gefallen Anfang Dezember 1916, Mitglied im Gau V.
- Siegmond Diepmann,** geb. 15. 9. 1880 in Hamburg, gestorben im Lazarett in Halle a. d. S. am 30. 12. 1916, Mitglied im Gau V.
- Hermann Kramer,** geb. 22. 9. 1888 in Lahr, gefallen am 30. 12. 1916, Mitglied im Lahr.
- Wilhelm Brindöpfle,** geb. 11. 12. 1892 in Senne, gefallen am 31. 12. 1916, Mitglied in Vielesfeld.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden Deutschlands ein ehrendes Andenken!